

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

21.9.1929 (No. 220)

Expedition: Karlsruherstraße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsehb. Postgebühren. - Einzelnummer 10 Pf. Samstag 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Ämtlicher Teil

Willkommen im Badener Land!

Am Montag, den 23. September, beginnt die Reise des Reichsrates durch das badische Land. Es wird überall dankbar begrüßt werden, daß die Gesamtheit der Vertreter der deutschen Länder sich dazu entschlossen hat, das Land Baden zu besuchen, um seine Lage aus eigener Anschauung kennenzulernen.

Durch den Vertrag von Versailles ist Baden Grenzland im vollen Sinne des Wortes geworden. Ein Teil davon wird von den Franzosen immer noch besetzt gehalten. Die schweren Folgen dieser Tatsache machen sich immer drückender bemerkbar, so daß auch wir in Baden mit gutem Recht von einem Grenzlandnot sprechen können.

Das Land Baden braucht zur wirksamen Bekämpfung der vielen und großen bestehenden Notstände die Hilfe des Reiches. Möge die Informationsreise des Reichsrates in allen Teilnehmern die Überzeugung festsitzen, daß diese Hilfe eine unbedingte Notwendigkeit ist, und daß sie möglichst bald einsehen muß, damit die südwestdeutsche Grenzmark vor weiteren größeren Schädigungen auf den verschiedensten Gebieten bewahrt bleibt.

Die Konvention gegen die Handelshemmnisse

W.D. Washington, 21. Sept. (Tel.) Präsident Hoover hat gestern die Genfer Konvention über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen ratifiziert.

Ein polnischer Militärlieferungsandal

W.D. Warschau, 21. Sept. (Tel.) Wie aus Thorn gemeldet wird, ist dort nach 14tägiger Dauer ein Prozeß gegen drei polnische Offiziere und einen Fähnrich wegen verschiedener Betrügereien und Unterschlagungen bei Militärlieferungen zu Ende gegangen.

Amerikanische Kriegsschiffe in Europa

W.D. Washington, 21. Sept. (Tel.) Der Staatssekretär der Marine, Adams, gab bekannt, daß amerikanische Kriegsschiffe in Zukunft nicht mehr in europäischen Gewässern stationiert werden.

Die Außerdienststellung von 53 Zerstörern, deren Abwrackung in der letzten Woche in Aussicht genommen wurde, ist nunmehr endgültig beschlossen worden.

Der blinde Passagier des Zeppelein, der sich vor der letzten Abfahrt nach Amerika von der Halle auf das ausfahrende Luftschiff geschwungen hatte, wurde vom Amtsgericht Leitnaug bei Friedrichshafen zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten

Die Deutschnationalen und Frankreich

W.D. Berlin, 21. Sept. (Tel.) Die „Nationalliberale Korrespondenz“ macht in ihrer heutigen Ausgabe aufsehenerregende Mitteilungen, wonach der deutschnationale Abgeordnete Klönne ohne Wissen der deutschen amtlichen Stellen mit französischen Militärführern und Politikern über ein deutsch-französisches Militärbündnis unterhandelt habe.

„Herr Klönne reist seit dem Jahre 1926 in politischer Mission nach England und Frankreich. Er hat in zahlreichen Gesprächen mit französischen Politikern den Franzosen ein Militärbündnis und ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs gegen Sowjetrußland angetragen.

Ein französischer General, der aus seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands wohl bekannt in Deutschland ist und als ein hervorragender Kenner des augenblicklichen Kriegszustandes in Deutschland gelten muß, ist mit Wissen von Herrn Klönne und mit Wissen der hinter ihm stehenden deutschnationalen Hintermänner im Winter 1927/28 infognito nach Berlin gekommen, um mit deutschem Militärführer die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses zu besprechen.

Daß aber die deutschnationalen Außenpolitiker es unterlassen hatten, das Auswärtige Amt von diesem Schritt in Kenntnis zu setzen, versteht sich von selbst.

Aus dem Reichstag

W.D. Berlin, 21. Sept. (Tel.) Die demokratische Reichstagsfraktion hat ihre nächste Sitzung für Mittwoch vormittag anberaumt, die Zentrumsfraktion für Sonntag, den 29. September, vormittags, die Deutschnationalen treten erst am Montagvormittag, also kurz vor der Plenarsitzung des Reichstages, zusammen.

Ausfuhrüberschuß im August

W.D. Berlin, 21. Sept. (Tel.) Im August beträgt die Einfuhr im reinen Warenverkehr 1074 und die Ausfuhr einschließlich der Reparationslieferungen 1191 Millionen Reichsmark.

Die Reparationslieferungen belaufen sich auf 57 gegen 69 Mill. Reichsmark im Juli. Die Einfuhr ist gegenüber Juli um 156 Mill. Reichsmark zurückgegangen, was einestells darauf beruht, daß die Zulieferung bekanntlich durch die Zollabrechnungen im Niederlageverkehr beträchtlich erhöht war, andererseits aber auch im August die Einfuhr von Getreide, Leder und Automobilen wesentlich abgenommen hat.

Verringerung des Personals der Rheinlandkommission

W.D. Paris, 21. Sept. (Tel.) Dem „Matin“ wird aus Koblenz gemeldet, daß das Personal der Internationalen Rheinlandkommission für die nach Wiesbaden zu überföhernden drei Oberkommissariate zusammen kaum 50 Personen umfassen wird.

Noch 360 farbige Besatzungsoldaten. In der Pfalz sind noch immer farbige Truppen vorhanden. Es sind im ganzen 360 Mann. Davon sind über 200 Mann, die Rest besteht aus Marokkanern und Algeriern.

* Zur innerpolitischen Lage

Wenn jemand meint, daß der Primat, die Vorrangstellung, der Außenpolitik nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde, dann hat er sich gründlich geirrt. So, wie heute die Dinge liegen, wird die außenpolitische Lage eines Landes für sein innerpolitisches Geschick von jetzt an stets der entscheidende Faktor sein.

Man lasse sich auch nicht etwa durch das Beispiel von Mussolinis Italien beirren! Dort scheint es so, als ob die innere Politik das für das gesamte italienische Volk Ausschlaggebende sei. Ein solcher Eindruck ist aber nur scheinbar richtig.

Schon allein der Begriff „Baluta“ zeigt uns die Vorrangstellung der Außenpolitik in greifbarer Beleuchtung: es kommt nicht darauf an, welches Vertrauen die eigene Bevölkerung den Banknoten des Staates entgegenbringt, sondern darauf, welche Geltung diese Banknoten in den Augen der internationalen Finanz haben.

Für keine Großmacht ist diese Erkenntnis wichtiger als für Deutschland. Unsere geographische Lage und unsere Politik des Wiederaufbaus zwingen uns zu einer lebendigen, umsichtigen und zielbewußten Außenpolitik.

Unser Wirtschaftsleben wird in entscheidender Weise beeinflusst durch das Problem der Reparationen. Und es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß der Schicksal der Haager Konferenz sei auch das Schicksal der deutschen Wirtschaft gewesen.

Die Reparationslieferungen erfahren müssen, wie sie seit den Jahren der Inflation nicht mehr erlebt worden ist. Gewiß hätten wir dann den Dawesplan gewissermaßen flüchtig und eine Revision beantragen können.

Nun hat allerdings wohl kein vernünftiger Mensch daran gedacht, daß die Haager Konferenz scheitern würde. Und selbst diejenigen, die vorübergehend darauf gefaßt waren, waren sich ganz klar darüber, daß dann eben schon in kürzester Zeit eine neue Konferenz hätte zusammenzutreten müssen.

So hat man sich denn im Haag geeinigt. Und, im ganzen gesehen, können die Folgen für unsere Politik, vor allem für unser Wirtschaftsleben nur günstig sein.

Nutzen unserer Wirtschaft. Man weiß heute bereits, daß die Ersparnisse des Youngplans — Ersparnisse im Vergleich zu den Ziffern des Dawesabkommens — so gut wie restlos im Interesse des Reichsetats in Anspruch genommen werden. Vor dem 1. April 1930 wird also die deutsche Wirtschaft unmittelbar keinen Vorteil von dem Youngplan haben.

Wie es später werden wird, ist heute schwer zu sagen. Man hat berechnet, daß etwa zwei Fünftel jener sogenannten Ersparnisumme der deutschen Wirtschaft zugute kommen könnten. Praktisch würde das eine Steuerentlastung (Einkommensteuer und Realsteuern) um etwa 10 Proz. bedeuten. Das wäre natürlich eine recht ansehnliche Summe, zumal eine solche Entwicklung ja ganz bestimmt mit einer allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftslage, mit einer Erhöhung der Kreditfähigkeit und einer Verringerung des Zinsfußes verknüpft wäre. Es ist die Hoffnung aller Wirtschaftsjachverständigen, daß eine wirklich nennenswerte Erleichterung der Lage unserer Wirtschaft durch den Youngplan eintreten wird. Träte sie nicht ein, so wäre das ein Verhängnis und wohl ein Beweis dafür, daß nach den bisherigen Methoden eine Gesundung der deutschen Wirtschaft überhaupt nicht zu erzielen ist. Wenn die Verbesserungen des Youngplans sich nicht umsetzen lassen in eine Verbesserung unserer Wirtschaftslage im Innern, dann ist alle Arbeit in Paris und im Haag umsonst gewesen.

Reichsverband der deutschen Industrie Youngplan — Panuropa

Die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie trat am Freitag in Düsseldorf zusammen. Der Vorsitzende im Präsidium, Geheimrat Dr. Duisberg, hielt die Begrüßungsansprache. Staatssekretär Trendelenburg übermittelte die Grüße der Reichsregierung, die der Auffassung sei, daß eine enge Zusammenarbeit aller Träger der Wirtschaft notwendig sei.

Der Präsident des Reichsverbandes, Geh. Rat Prof. Dr. C. Duisberg hielt einen Vortrag über 10 Jahre Reichsverband der deutschen Industrie. Der Reichsverband konnte seine Stellung nicht gegen oder neben dem neuen Staat, so wie er heute ist, sondern nur in ihm und mit ihm finden. Die Arbeit des Reichsverbandes sei unpolitisch. Eine einheitliche Willensäußerung der Industrie könne nur dann zustande kommen und für Regierung und Öffentlichkeit von Wert sein, wenn sie wie bisher allein von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt sei, unter strengster Ausschaltung aller politischen Meinungen und Parteidoctrinen. Die endgültige Stellungnahme des Reichsverbandes zum Youngplan werde zwar erst auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Berlin erfolgen. Inzwischen aber dürfe man nicht wie gebannt auf Dawesplan oder Youngplan starren. Wie auch die Entscheidung fallen möge, schwere Zahlungen würden sich nicht erspart bleiben, da Deutschlands Machtlosigkeit Widerstandsversuche aussichtslos erscheinen lasse.

Sodann ergriff das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes, Geheimrat Dr. Ludwig Kästl, das Wort über „Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik“. Als dritter Redner sprach Dr. L. J. Kalle, Mitglied des Verwaltungsrats der F. G. Farbenindustrie AG., Wiesbaden, über „Die Aufgaben der Industrie im öffentlichen und kulturellen Leben der Nation“.

Im Anschluß an die Ausführungen von Geheimrat Kästl forderte in der Aussprache Generaldirektor Dr. Feilner (Deutsche Kieselsteinwerke AG.) eine verstärkte Aktivität zur Durchführung der paneuropäischen Ziele. Der europäische Zollabbau müsse möglichst bald kommen. Durch die Niederreichung der Zollgrenzen würde eine allgemeine Umfassungsteigerung herbeigeführt werden.

Dr. Müller, Deringhausen, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, erklärte, soweit das paneuropäische Programm ein Sofortprogramm bilden solle, müsse es als eine volle Unmöglichkeit bei der augenblicklichen Lage der deutschen Wirtschaft bezeichnet werden. Ein großer Teil der deutschen Landwirtschaft, insbesondere im Osten, würde zum Beispiel durch eine Zollunion der völligen Existenzvernichtung überantwortet werden. Voraussetzung für eine Entscheidung in positivem Sinne sei die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Handlungsfreiheit in der deutschen Wirtschaft. Geheimrat Duisberg stellte die Übereinstimmung seiner Meinung mit der von Dr. Müller, Deringhausen, fest. Diese Erklärung gab er gleichzeitig für Geheimrat Kästl ab.

Die Abrüstungsdebatte in Genf

Der Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung hat am Freitag einen von Deutschland, Frankreich und Japan gemeinsam eingebrachten Entschließungsantrag zur Frage des Flugzeugverkehrs im Dienste des Völkerbundes in Krisenzeiten ohne weitere Aussprache angenommen. Der Rat wird darin aufgefordert, die Prüfung dieser Fragen zu veranlassen und damit eventuell das Sicherheitskomitee zu betrauen. London, Holland, erinnerte an die spanische Anregung zur Schaffung einer Völkerbundsflotte, die vorläufig nur Verkehrs-aufgaben zu erfüllen hätte, aber später vielleicht auch für andere Zwecke, etwa die Durchführung von Sanktionen, nutzbar gemacht werden könnte.

In der anschließenden Aussprache über den englischen Antrag zur Abrüstungsfrage sprach sich Sotal (Polen) unter wiederholter Stellungnahme gegen die Ausführungen des Grafen Bernstorff im Sinne der französisch-italienisch-japanischen Stellungnahme gegen den englischen Antrag aus. Die südafrikanische Delegation nahm die gleiche Haltung ein. Vorbehalten für den englischen Antrag sprachen sich dagegen die Vertreter von Norwegen, Dänemark und Schweden, Ungarn und Österreich aus. Die Sitzung schloß mit einer Erklärung des Grafen Bernstorff an Sotal (Polen), der davon gesprochen hatte, daß Graf Bernstorff im Anschluß radikale und unzulässige Vorschläge unterbreitet hätte. Er habe den Eindruck, immer sehr maßvolle Vorschläge gemacht zu haben, die im wesentlichen nur die Verminderung der Rüstungen bezweckten. Was der Vorbereitungsausschuß auszuarbeiten im Begriffe sei, könne höchstens zu einem Abkommen für Rüstungsstillstand, aber niemals zu einem Abkommen der zur Verminderung der Rüstungen führen. Ein solches Rüstungsstillstandsabkommen würde aber weder den Verträgen, noch den Völkerbundsstatuten entsprechen.

Besserung im Befinden Poincarés. Poincaré, dessen Gesundheitszustand sich in den letzten Tagen etwas gebessert hat, hat am Freitag, wie der „Matin“ berichtet, drei Stunden lang das Bett verlassen können.

Die Arbeitslosenversicherung

Reichstagsitzung am 30. September

Nach einem Beschluß des Alleienrats wird der Reichstag zum 30. September, nachm. 3 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht nur die Haupt- und Sondervorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Tagung wird nur wenige Tage beanspruchen, da nicht beabsichtigt ist, außer den beiden Vorlagen über die Arbeitslosenversicherung noch andere Gegenstände zur Beratung zu bringen.

Die erste Vorlage ist der „Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, worin die auf Dauer berechneten Änderungen des Gesetzes enthalten sind, als zweite Vorlage der „Entwurf eines Gesetzes über befristete Änderungen der Arbeitslosenversicherung“, worin die für anderthalb Jahre vorgeschlagenen Maßnahmen zur finanziellen Sanierung der Reichsanstalt zusammengefaßt sind. In dem ersten Entwurf sind einige Doppelvorlagen der Reichsregierung enthalten.

Eine sozialdemokratische Entschließung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitagabend einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß die Beseitigung der nachweisbar bestehenden Mißbräuche und eine befristete Beitragserhöhung in Verbindung mit einer sozialen Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermögliche, ohne daß eine allgemeine sozialpolitisch unerträgliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen vorgenommen wird. Die Fraktion begrüßt den beharrlichen und geschlossenen Widerstand, den Partei und Gewerkschaften gegen alle weitergehenden Abbaupläne geleistet haben. Die Notwendigkeit wird anerkannt, die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln zu finanzieren, doch wird daran festgehalten, daß bei unvorhergesehener Zuspitzung der Lage des Arbeitsmarktes das Reich die Pflicht zur Leistung von Zuschüssen hat. Die Fraktion lehnt es entschieden ab, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Abbau der Steuerlasten durch einen Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erlaubt werden.

Die badischen Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung. Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände Badens faßt in ihrer letzten Sitzung zur Arbeitslosenversicherung nachstehende Entschließung:

„Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, die die Spitzenorganisationen von Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Baden umfaßt, lehnt den in der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagenen Kompromiß ab, da er auf die Lage der Wirtschaft keine Rücksicht nimmt und eine weitere schwere Belastung bedeutet. Die Wirtschaftliche Vereinigung ist der Ansicht, daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung bei Berücksichtigung der berechtigten Interessen auch ohne weitere Belastung der Wirtschaft möglich ist.“

Die Krise in Österreich

Die Verfassungsreform

Der österreichische Ministerrat faßt am Freitag den Beschluß, in der nächsten Sitzung des Nationalrats, der für den 28. September einberufen ist, eine Novelle zum Bundesverfassungs-gesetz mit weitgehenden Abänderungs- und Erweiterungs-vorschlägen einzubringen. Der Beschluß des Ministerrats bedeutet einen tatsächlichen Gegenstoß gegen die Aktionen der Heimwehr und dürfte — wie aus Wien gemeldet wird — imstande sein, den Gerüchten aus Heimwehkreisen und den Drohungen mit dem Rufschen Boden zu entziehen.

Wie von christlich-sozialer Seite mitgeteilt wird, ist nach Wiederzusammentritt des Nationalrates, mit einem Rücktritt der Regierung Streeruwitz zu rechnen. Streeruwitz wird noch die von der Regierung ausgearbeitete Verfassungsänderung vor dem Nationalrat vertreten, dann aber die Durchführung der Vorlage auf parlamentarischem Boden einem anderen überlassen. Polizeipräsident Schöber wird als Nachfolger von Streeruwitz genannt.

Der österreichische Bauernbund zur Lage

Wien, 21. Sept. (Tel.) Der österreichische Bauernbund ist heute zu einer Tagung zwecks Besprechung der Lage zusammengesetreten. Nach Anträgen des Bundeskanzlers Streeruwitz und anderer Führer des Bauernbundes wurde eine Resolution angenommen, in der unter Ablehnung des Kampfes und unter Betonung der Volksgemeinschaft ausgesprochen wird, es sei Pflicht des Bauernbundes, Hand in Hand mit der Heimwehr und in vollem Vertrauen zu den legalen Sicherheitsstruppen mit allen erlaubten Mitteln den Reinigungsprozeß durchzuführen, um dem ideellen Zweck des Heimatschutzgebändens zum Durchbruch zu verhelfen und den heimatständigen Arbeiter in gemeinsamer wirtschaftlicher Kampffront vom sozialen Aufstieg zu bringen. Weiter heißt es in der Entschließung, das frei gewählte Parlament müßte auf dem Boden bleiben, auf dem ganze Arbeit für Wirtschaft und Kultur geleistet werde. Schließlich wird der Regierung Streeruwitz das Vertrauen des Bauernbundes ausgesprochen.

Wien, 21. Sept. (Tel.) (Amtliche Nachrichtenstelle). Die Morgenblätter bezeichnen einstimmig den Beschluß des Ministerrates, bereits am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Verfassungsreform im Nationalrat einzubringen, als ein Zeichen der ersten Entschlossenheit der Regierung, aus dem Stadium der Diskussionen so rasch als möglich zu voller Arbeit zu kommen. Stelle man diese Tatsache den Krisengerüchten gegenüber, so sehe man ein, wie es um deren Grundlage stehe.

Ein Aufruf des Oberpräsidenten der Rheinprovinz

Die Pressestelle des Oberpräsidenten in Koblenz teilt mit: Die bei den Verhandlungen im Haag hinsichtlich der Räumung des besetzten Gebietes erzielten Erfolge sind von der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Freude und Genugtuung begrüßt worden. Es liegt jedoch im dringenden deutschen Interesse, daß allgemein und insbesondere beim Abbrücken von Truppen alle Kundgebungen unterbleiben, die als eine Befehlsgleichung der Befragung aufgefaßt werden könnten, damit der Befreiung unserer Rheinprovinz nicht mit unliebsamen Auseinandersetzungen belastet wird. Von dem gesunden Sinn und dem Verständnis der Bevölkerung darf daher erwartet werden, daß beim Abtransport der Besatzungstruppen die nötige Zurückhaltung geübt wird.

Die kommunale Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Die Neuverteilung des Industriebezirks in Rheinland-Westfalen ist durch das Gesetz über die kommunale Neugliederung vom 10. Juli 1929 endgültig geregelt. Der gesamte Bezirk, für den diese kommunale Neugliederung geschaffen worden ist, umfaßt schon bei der Volkszählung von 1925 rund 6,4 Millionen Einwohner. Hierin waren 63,3 Prozent in Industrie und Handwerk beschäftigt, während der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 4,1 Prozent betrug. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung lebte schon vor der Neuverteilung in großstädtischen Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Durch die Neuverteilung ist im Industriegebiet die Zahl der Stadtkreise von 30 auf 26, die der Landkreise von 22 auf 12 vermindert worden. Außerdem sind die Gemeindegrenzen vielfach verändert worden. Das Gesamtgebiet umfaßt jetzt 14 Großstädte mit insgesamt rund 4,1 Millionen Einwohner. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung des Industriegebietes wohnen also jetzt in Großstädten.

Das russische Flugzeug „Land der Sowjets“ ist auf seinem Weltflug bei den Neuten gestrichelt worden.

Jungdeutscher Orden gegen das Volksbegehren

Die Leitung des Jungdeutschen Ordens faßt einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

„In einmütiger Empörung stellen wir fest, daß eine Anzahl Führer der Rechten mit einer verblüffenden Leichtfertigkeit im Begriff ist, die nationale Opposition in eine noch nie dagewesene Niederlage zu führen. Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß im Namen des nationalen Deutschlands ein Volksbegehren veranlaßt werden soll, dessen katastrophaler Ausgang schon heute besiegelt ist. Die Herren Eugenberg, Hüler, Seidte sind nachweislich außerstande, mehr als 20 Millionen Stimmen für ihr Volksbegehren zu gewinnen. Sie zerstören die deutsche Front gegen die Kriegsschuldfrage, sanktionieren die Tributabmachungen der parlamentarischen Regierung mit der Stimme der Nation und beleidigen den hochverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg.“

Wir fordern alle fachlich denkenden und verantwortungsbewußten Kreise auf, das Katastrophengesetz schon in der nationalen Opposition zu Fall zu bringen.“

Der Rücktritt des litauischen Diktators

Der Rücktritt des litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas, der in Litauen schon seit dem Septembertag 1928 diktatorisch regiert, wird auf die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Wolbemas und den übrigen Ministern zurückgeführt. Der Staatspräsident Smetona hat jetzt Wolbemas nicht mehr unterstützen wollen und von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch gemacht, um Wolbemas zum Rücktritt zu bewegen. Wahrscheinlich hat sich Smetona der Unterstützung der maßgebenden höheren Militärs bei seinem entscheidenden Schritt versichert. Nach Meldungen aus Konno erklärte Wolbemas, daß er fest entschlossen sei, aus dem politischen Leben auszuscheiden, um nie wieder einen Ministerposten oder einen Posten im Auslande einzunehmen. Man erwartet, daß die neue Regierung allmählich zu der Wiederherstellung des abgebauten parlamentarischen Systems, das auch in der neuen Verfassung verankert ist, schreiten wird.

Deutsch-französische Zusammenkünfte. Eine Zusammenkunft deutscher und französischer Katholiken wird laut „Germania“ am die Mitte des Oktober in Berlin stattfinden. Sie soll der Verständigung zwischen beiden Völkern dienen. Zur Mittelpunkt der Tagung wird die Erörterung von zwei Themen stehen, deren eines den Charakter und die Denkwelt der Deutschen und Franzosen behandelt. Das andere Thema betrifft die deutsch-französische Annäherung und ihre Möglichkeiten. Für das erstere Thema werden Professor Blah, Bonn, und Herr Delattre, Paris, sprechen. Referenten für das zweite Thema sind die Abg. Olska und Graf d'Orneson, Paris.

Das amerikanische Handelsamt zum deutschen Außenhandel. Die vom Handelsamt in Washington auf Grund von Kabelberichten veröffentlichte Übersicht über die Wirtschaftslage in verschiedenen Ländern bemerkt bezüglich Deutschlands: Die seit Anfang September herrschende mäßige Besserung in der Schwerindustrie hält an. Die Position des Außenhandels ist erfrischt. In der Ausfuhr bestehen namentlich für Fertigwaren Aussichten auf Besserung. Im laufenden Fiskaljahr ergibt sich eine gesündere Verfassung des Reichsbudgets als im Vorjahre. Ausländisches Kapital ist in auffallend geringem Maße vertriehen; jedoch herrscht anscheinend eine steigende Tendenz amerikanischer Firmen, Zweiganlagen zu errichten.

Die weiteren Pläne des „Graf Zeppelin“

Der Luftschiffbau Friedrichshafen hat die Absicht, die für den Herbst geplante Amerikafahrt aufzugeben, da noch etwa zehn Passagierfahrten in Deutschland und angrenzenden Gebieten unternommen werden sollen. Im Winter wolle man vor allem einige Passagierfahrten nach dem Süden zum Mittelmeer unternehmen. Dagegen hinein werden Schulfahrten durchgeführt, um bis zum nächsten Sommer eine zweite vollständige Besatzung ausgebildet zu haben. Das neue größere Luftschiff soll bereits bis zum Herbst nächsten Jahres fertiggestellt werden.

Sturm auf eine Frankfurter Sparkasse

Frankfurt a. M., 21. Sept. (Tel.) Unkontrollierbare Gerüchte, die im Laufe des gestrigen Tages die Stadt durchschwärmten, haben einen Sturm auf die Sparkasse der Frankfurter Sparkasse von 1882 (Polytechnische Gesellschaft) heraufbeschworen, der gestern begann und auch heute sich kaum vermindert hat. Heute früh warteten schon zwei Stunden vor der Eröffnung zahlreiche Sparer, in der Hauptsache Frauen, vor dem Tor der Sparkassenlokals und fürzten, als Punkt 8 Uhr geöffnet wurde, an die Schalter. Die Auszahlung ging flott vonstatten. Der Direktor der Sparkasse erschien im Schalterraum, um die Leute aufzuklären. Auf seine beruhigenden Ausführungen hin ließ sich auch eine Anzahl Leute bewegen, nach Hause zu gehen. Trotzdem blieb der Andrang während der Vormittagsstunden weiterhin sehr groß. Zu irgendwelchen Zwischenfällen, die etwa ein polizeiliches Eingreifen nötig gemacht hätten, ist es nicht gekommen.

Piratenüberfall bei Hongkong

Shanghai, 21. Sept. (Reuters, Tel.) Der japanische Dampfer „Deli Maru“ ist auf dem Weg von Swatow nach Hongkong von Piraten überfallen und in Besitz genommen worden. Man hat ihn nach dem berichtigten Piraten-schlupfwinkel in der Bucht von Swatow gebracht. Die Besatzung des norwegischen Dampfers „Botnia“, der vor kurzem von Piraten überfallen worden ist, soll, einem Gerücht zufolge, mit Ausnahme des Ersten Offiziers freigelassen worden sein. Nur noch der Erste Offizier ist in der Gewalt der Piraten. Der Dampfer selbst, der gestrandet war, ist gestern abend wieder flottgemacht worden.